

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #7/10

27. Februar 2010

Übermorgen, das heißt am Montag, werde ich in Hannover mit meinem spanischen Kollegen José Zapatero die diesjährige CeBIT eröffnen. Die CeBIT ist die weltweit größte Computermesse. Sie informiert über neueste Entwicklungen im Bereich von Computern und Internet. Sie ist wichtig, weil sie auf der einen Seite die neuen technischen Möglichkeiten der weltweiten Kommunikation beleuchtet, auf der anderen Seite sind die Computertechnologie und die Informations- und Kommunikationstechnologie ein Wachstumsmarkt erster Größenordnung.

Die Politik hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieses Wachstumsmarktes günstig zu gestalten. Ein Baustein dabei ist die Breitbandstrategie der Bundesregierung. Wir haben uns vorgenommen, bis zum Jahresende jedem Haushalt einen einfachen Internetzugang zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir in den nächsten Jahren zielbewusst das schnelle Internet ausbauen. Wir haben sehr bewusst auch Mittel des Konjunkturprogramms verwendet, um die Internetanbindung in Deutschland zu verbessern. Ein Schwerpunkt sind hier für uns insbesondere die ländlichen Räume, denn auch in ländlichen Räumen muss die Lebensqualität und der Zugang zu modernen Technologien gleichwertig zu denen in Ballungsgebieten gestaltet werden.

Mitte des Jahres wird die Bundesregierung eine neue Strategie für die Informations- und Kommunikationstechnologie vorstellen. Worum geht es dabei? Hier geht es darum, die Möglichkeiten der modernen Kommunikationstechnologie zu nutzen, um sie mit den klassischen Industriebereichen – zum Beispiel der Automobilindustrie – zu vernetzen. Denn wir sind davon überzeugt, dass sich die Computertechnologie und die Informationstechnologie in alle Bereiche der Gesellschaft hinein bewegen werden. Je schneller es uns gelingt, klassische Industriefelder mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu verbinden, umso günstiger sind die Wachstumsprognosen für innovative, neue technologische Produkte. Das gilt – wie schon gesagt – von der Automobiltechnologie über die Prozesstechnologie bis hin – natürlich auch – zu Haushalten und den Forschungs- und Innovationsstätten in Deutschland.

Neben den Chancen, die aus dem Internet erwachsen, gibt es natürlich auch Gefahren. Neben dem freien Zugang zum Internet muss ganz deutlich werden: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Deshalb werden wir auch immer wieder dafür sorgen, dass – zum Beispiel im Falle der Kinderpornografie – das Löschen von solchen Seiten möglich sein wird, um Menschen vor Gefahren zu schützen.

Insbesondere geht es aber auch um einen selbstbewussten Umgang der Nutzer mit dem Internet. Dabei kann die Politik Hilfestellungen leisten. Jeder muss aufgefordert sein, personenbezogene Daten nicht allzu freizügig jedermann zur Verfügung zu stellen. So ist es möglich – zum Beispiel in den sozialen Netzwerken – einen abgestuften Zugang zu den eigenen persönlichen Daten und den Persönlichkeitsprofilen sicherzustellen. Ich kann nur jeden auffordern, genau davon Gebrauch zu machen. Denn es ist ein Unterschied, ob die Freunde im sozialen Netzwerk Zugang zu meinen persönlichen Angaben haben, oder aber ob Suchmaschinen aller Art Zugriff auf diese Daten haben. In Zukunft werden Menschen sehr schnell lernen, verantwortungsvoll mit ihren eigenen Daten umzugehen.

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung den Zugriff auf personenbezogene Daten besser geschützt. Das gilt für den Adresshandel und für Internetbestellungen. Hier ist es allerdings notwendig, dass diejenigen, die Bestellungen aufgeben, auch selbstständig ankreuzen, wie sie ihre Daten persönlich schützen möchten. Jeder sollte von diesen Möglichkeiten – die rechtlich geschaffen wurden – auch wirklich Gebrauch machen.

Im Augenblick ist viel von „Google Street View“ die Rede. Google will alle Straßen fotografieren und die entsprechenden Ansichten ins Internet stellen. Diejenigen, die finden, dass dies ein Eingriff in ihre private Sphäre ist, können von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen. Die Bundesverbraucherschutzministerin, Ilse Aigner, hat die Nutzer des Internets genau darauf hingewiesen. Und das Verbraucherschutzministerium hat auf seiner Internetseite – zu dem entsprechenden Einspruch – einen Musterbrief vorbereitet. Wenn Sie es wollen, nutzen Sie dieses Angebot der Bundesregierung.

Wir wollen auch sicherstellen, dass der E-Mail-Verkehr in Zukunft überschaubarer und sicherer wird. Dafür ist das Projekt „De-Mail“ in der Erprobungsphase. Wenn dieses Projekt einmal funktioniert, wird es möglich sein, auch rechtssichere Tatbestände über E-Mail zu verbreiten und darüber in E-Mail-Form zu kommunizieren. Dies wird ein erheblicher Vorteil sein und den Verkehr mit Behörden für alle Nutzer stark vereinfachen.

Wir sehen an den gezeigten Beispielen: Die Chancen der Informationstechnologie, des Internetzugangs und der Kommunikationstechnologie sind groß. Die notwendigen technologischen Voraussetzungen werden wir in den nächsten Jahren schaffen. Je schneller Deutschland dies zu Wege bringt, umso besser sind die Wachstumschancen für unser Land. Auf der anderen Seite sehen wir auch die Gefährdungen, und deshalb müssen wir uns damit intensiv auseinandersetzen. Das bedeutet nicht, dass wir die Freiheit des Internets unnötig einschränken wollen, aber es bedeutet eben auch, dass umfassend Rechtssicherheit für die Menschen gewährleistet werden muss.

Schauen wir uns die CeBIT an. Ich lade Sie ein – machen auch Sie dort einen Besuch. Denn als weltgrößte Computermesse ist sie ein Aushängeschild für die neuen Technologien in Deutschland, in Hannover. Ich freue mich auf den Besuch der CeBIT.